

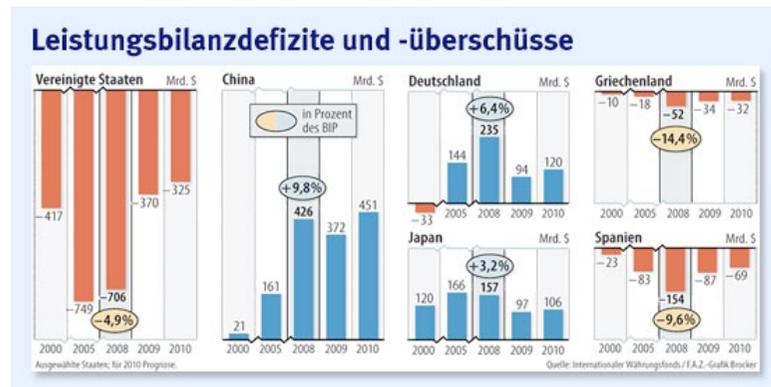
Griechische Defizite

Kann denn Export Sünde sein?

Von Philip Plicker

11. März 2010 Die große Krise des Jahres 2009 hat die Wirtschaft erschüttert und Weltbilder ins Wanken gebracht. Mit der Krise werfen viele Ökonomen auch einen kritischeren Blick auf die "globalen Ungleichgewichte". Auf der einen Seite stehen die Außenhandelsüberschüsse der großen Exportnationen wie China, Japan und Deutschland, die fleißig Waren ausführen und Ersparnisse bilden. Auf der anderen Seite gibt es die hohen Leistungsbilanzdefizite der Nationen, die sich Konsum auf Pump erlaubten.

Exportweltmeister waren sechs Jahre lang die Deutschen; nun sind es die Chinesen, die zugleich eine extrem hohe Sparquote haben. Mittlerweile sitzt Peking auf einem Berg von Devisenreserven von mehr als 2 Billionen Dollar. Größter Konsument und Importeur der Welt sind die Amerikaner, deren Leistungsbilanz seit Jahrzehnten tief im Minus liegt. 2009 betrug das Defizit, reduziert durch die Krise, etwa 370 Milliarden Dollar. Um so viel importierte Amerika mehr als es exportierte. In den Jahren zuvor erlaubten sich die Amerikaner stets ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), finanziert durch Verschuldung im Ausland.



Dieses konsumgetriebene Wachstum auf Pump, befeuert durch niedrige Zinsen, war nach Ansicht vieler Ökonomen eine wesentliche Ursache für die Instabilität der Weltwirtschaft, die in die große Krise mündete. Die amerikanischen Konsumenten fallen nun als großer Nachfragerer erst einmal aus. Notgedrungen erhöhen sie ihre Sparquote. In Europa müssen sich Spanier, Portugiesen und Griechen sowie die Iren einschränken, andernfalls werden sie von ihren Schulden erdrückt. Diese Länder erlebten mit Eintritt in die Währungsunion einen Sonderboom, weil sie plötzlich viel niedrigere Zinsen zu zahlen hatten. Auf die Party folgte der Kater.

Auf dem Gipfeltreffen der zwanzig großen Industrie- und Schwellenländer (G 20) in Pittsburgh im September 2009 haben die Staats- und Regierungschefs in einem Zusatzprotokoll das vage Bekenntnis abgelegt, "nicht haltbare globale Ungleichgewichte in Zukunft zu vermeiden". Dafür plädiert auch der Internationale Währungsfonds (IWF), dessen Zahlen seit dem vergangenen Jahr eine deutliche Verringerung der Defizite und Überschüsse der Leistungsbilanzen zeigen, weil der Handel insgesamt schrumpfte. Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss fiel von 165 auf 119 Milliarden Euro, was immerhin noch 3 Prozent des BIP entspricht.

Zum Thema

Generalstreik: Proteste in Griechenland eskalieren
 Außenhandel: Unerwarteter Rückschlag für die deutschen Exporteure
 China exportiert mehr als Deutschland

Unterdessen wächst hierzulande die Sorge, ob die stark exportlastige Wirtschaftsstruktur auf Dauer durchzuhalten sein wird. Die Meinungen der Ökonomen gehen weit auseinander. Auf der einen Seite gibt es Kritiker, vor allem aus dem Lager der Gewerkschaften wie Gustav Horn, der das Institut für Makroökonomie leitet. Sie fordern eine Abkehr von der starken Exportorientierung und eine expansivere Lohnpolitik, um die Binnennachfrage zu stärken. Besonders radikal vertritt diese These Heiner Flassbeck, der einst Berater von Oskar Lafontaine war und heute Chefvolkswirt der UN-Organisation für Welthandel und Ernährung (UNCTAD) ist. Flassbeck sieht die deutsche Stärkung des Exports durch die Lohnzurückhaltung seit der Jahrtausendwende geradezu als Sünde, weil dadurch die schwächeren Euro-Staaten ins Defizit getrieben worden seien. Moderater ist die Kritik, die Peter Bofinger äußert: "Wir Deutschen haben einseitig auf den Export gesetzt und die Binnennachfrage geschwächt, etwa durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer", kritisiert Bofinger, der Mitglied des Sachverständigenrats, der "Fünf Wirtschaftsweisen", ist.

Franz: Exporte haben Millionen Arbeitsplätze gesichert

Eine größere Ökonomenfraktion, wohl die Mehrheit der deutschen Volkswirte, hält die Exportorientierung für richtig. "In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben unsere Exportaktivitäten hierzulande Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen oder zumindest gesichert", betont Wolfgang Franz, der Vorsitzende des Sachverständigenrats. "Die inländischen Arbeitnehmer haben davon erheblich profitiert." Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung basierten auf dem wieder anziehenden Export. Ein "Aufblähen der kaufkräftigen Nachfrage mit Hilfe einer expansiven Lohnpolitik" hielt Franz für einen Irrweg, der Deutschlands Wettbewerbsposition schädigen würde.

Zu glauben, die hiesige Wirtschaftspolitik könne einfach einen Hebel umlegen von der Exportkonjunktur auf die Binnenwirtschaft, sei wirklichkeitsfremd. "Es gibt hierzulande keine gesamtwirtschaftlichen Plener, der dies bewerkstelligen könnte", sagt Franz. Damit spielt er etwa auf die Möglichkeiten der chinesischen kommunistischen Führung an, die mit ihrem gigantischen Programm zum Ausbau der Infrastruktur die Binnenkonjunktur stützen will. Wirkungsvoll wäre auch eine Aufwertung der chinesischen Währung Yuan, mit der es Peking jedoch nicht allzu eilig zu haben scheint.

Sinn: Deutsche haben Maschinen gegen wertlose Lehman-Zertifikate getauscht

Scharfe Kritik an einem "pathologischen Exportboom" in Deutschland übt seit Jahren der Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn. Durch die Krise sieht er sich

bestätigt. "Die Deutschen haben Maschinen und Autos an die Amerikaner geliefert und dafür im schlimmsten Fall heute wertlose Lehman-Zertifikate bekommen", lautet Sinns zugespitzte Analyse.

Den Beginn der Fehlentwicklung sieht er in überhöhten Lohnabschlüssen besonders der neunziger Jahre, die zu einer Verlagerung von arbeitsintensiven einfachen Industrien aus (Ost-)Deutschland ins Ausland führten. Nur die hochtechnologischen kapitalintensiven Branchen verblieben im Land. "Wir liefern hochspezialisierte Maschinen und Ausrüstungen, und unsere Banken geben den Käufern den Kredit dafür." Die Kehrseite des Warenexports sei damit der Kapitalexport, sagt Sinn. Diesen Export interpretiert er eher ungünstig als Kapitalflucht. Das Hauptproblem sei, dass zu wenig in Deutschland investiert werde.

„Koch und Kellner“

Unerwartete Kritik am "deutschen Geschäftsmodell" kommt nun auch vom neuen Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer. "Erfolgreich in volkswirtschaftlichen Kategorien, also mit Blick auf das Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand, war die Exportfinanzierung nicht", sagte er jüngst. Deutschland habe den "Koch und Kellner" für die Länder gespielt, die eine Party feierten. Nun seien sie pleite, und der Lieferant habe ein Problem. Mayer rät den Deutschen zu mehr Binnennachfrage durch breitere Beschäftigung. Dazu hat er auch einen unkonventionellen Vorschlag: "Warum verringert Deutschland nicht seine Produktivität?" Er meint damit, dass bislang arbeitslose Menschen wieder in einfache Tätigkeiten vermittelt werden könnten. Ein Beispiel wäre der Verkauf von Bahnfahrkarten durch Menschen statt am Automaten. Letztlich geht es ihm darum, den Niedriglohnsektor für wenig produktive Arbeiten auszuweiten.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die hohen Defizite der südeuropäischen Euro-Staaten führen viele Ökonomen nicht nur auf die aktuelle Finanzkrise, sondern auf deren seit Jahren nachlassende Wettbewerbsfähigkeit zurück. Diese ist Folge von zu geringen Produktivitätszuwächsen bei zu hohen Lohnabschlüssen. Vor Einführung des Euro konnten die Südländer einfach ihre Währung abwerten, um ihre schwindende preisliche Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen; diese Möglichkeit ist in der Währungsunion versperrt. Deshalb müssen die Griechen nun wohl eine "innere Abwertung" durchführen, also die Lohnstückkosten senken und den Gürtel enger schnallen. Genau so hat es Deutschland gemacht und damit seine Wettbewerbsposition entscheidend gestärkt.

Wenn die Defizitländer sich gesundschrumpfen, sinkt jedoch das Potential für Außenhandelsüberschüsse für die deutsche Industrie. Im Kern sind sich daher die Volkswirte einig, dass die Binnennachfrage stärker werden müsste. Nur der Weg dorthin ist umstritten. Peter Bofinger plädiert dafür, statt Finanzvermögen künftig mehr die Bildung von Sachinvestitionen zu fördern. Ifo-Präsident Sinn wirbt für eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, um den Export von Arbeitsplätzen zu beenden. Auch Wolfgang Franz argumentiert in diese Richtung: "Mit Hilfe verbesserter Standortbedingungen beispielsweise im Bereich der Unternehmensbesteuerung und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kann man bewirken, dass Unternehmen wieder mehr in Deutschland investieren und damit mehr Arbeitsplätze hierzulande schaffen." Dies würde auch einen Beitrag zum Abbau weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte liefern.

Text: F.A.Z.
Bildmaterial: APN, F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Sie suchen den passenden Lebenspartner? Jetzt registrieren und noch heute Partnervorschläge erhalten.

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.